Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9053**
18. Wahlperiode 06.07.2016

Antrag

der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Nicole Maisch, Harald Ebner, Annalena Baerbock, Matthias Gastel, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Stephan Kühn (Dresden), Steffi Lemke, Peter Meiwald, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Durch die Gemeinsame Agrarpolitik mehr Tierschutz ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Kritik der Bürgerinnen und Bürger an den Missständen in der industriellen Tierhaltung ist keine Phase, die vorübergeht, sondern ein ernstzunehmender Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation in den Ställen. Das zeigen auch die vielen Menschen, die sich an der jährlichen „Wir haben es satt!"-Demo in Berlin beteiligen, wo Bäuerinnen und Bauern gemeinsam Seite an Seite mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, Umweltverbänden und Tierschutzorganisationen für eine grüne Agrarwende auf die Straße gehen. Auch repräsentative Umfragen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ergeben: Fast alle Befragten sind bereit mehr für Fleisch zu zahlen, wenn sich dadurch die Haltungsbedingungen für die Nutztiere verbessern. Immer mehr Menschen haben ein Problem mit Tierschutzverletzungen und den viel zu oft katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Fleischbranche, mit massivem Antibiotikaeinsatz und den Umweltschäden, die die industrielle Fleischproduktion in Deutschland verursacht. Gleichzeitig leiden die bäuerlichen Familien unter der aktuellen Marktkrise und können mit den sehr niedrigen Erzeugerpreisen für ihre Produkte die laufenden Kosten ihres Betriebes oft nicht decken.

Stünden finanzielle Mittel zur Verfügung, wären viele Bäuerinnen und Bauern dazu bereit, für mehr Tierschutz in den Ställen zu investieren um durch die Differenzierung am Markt mehr Wertschöpfung zu erzielen. Diese Investitionen können die Betriebe jedoch nicht ohne Unterstützung stemmen. Durch eine Umstrukturierung der Fördermittel können mehr Mittel als bisher einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums und der Umsetzung von Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen dienen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- bis zum 01.08.2016 in Brüssel zu melden, dass acht Prozent (400 Millionen Euro jährlich) der Direktzahlungen in Form von sogenannten gekoppelten Zahlungen verwendet werden, um „gefährdete Sektoren, die für Mitgliedstaaten von großer ökologischer und sozialer Bedeutung sind", zu erhalten. Dazu zählen beispielweise die Milchwirtschaft und die Rinderhaltung mit Weidehaltung in Mittelgebirgsregionen;
- umgehend alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Bäuerinnen und Bauern im Rahmen der heutigen Gemeinsamen EU-Agrarpolitik beim Umbau zu einer tiergerechten Haltung zu unterstützen. Dafür muss Deutschland bis zum 31.07.2017 in Brüssel melden, dass 15 Prozent der Direktzahlungen in die sogenannte 2. Säule verlagert werden.

Berlin, den 5. Juli 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333